

Die Festung Europa – ohne Rücksicht auf Menschenleben!

Tausende Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze in Lebensgefahr

Seit Wochen harren mehrere tausend Schutz suchende Menschen an der Grenze zwischen Polen und Belarus unter freiem Himmel bei Minustemperaturen aus, eingesperrt in einer Todeszone im Niemandsland. Sie sind gefangen zwischen 12.000 bewaffneten polnischen Soldaten vor ihnen, die Tränengas einsetzen und sie mit Pushbacks von der Grenze zurückdrängen, und hinter ihnen weißrussische Beamte, die sie in Richtung Polen drängen. Sie können weder zurück nach Belarus noch über die Grenze nach Polen. Niemand darf zu den notleidenden Menschen, weder Ärzte noch Hilfsorganisationen, die ihnen Nahrung, Unterkunft und Schutz bieten könnten. Sie haben kein Dach über dem Kopf, keine Lebensmittel, kein frisches Wasser und keine medizinische Versorgung. Besonders die Kinder leiden unter der Kälte und dem Hunger. Kleinkinder knabbern an Holzzweigen, um ihr Hungergefühl zu stillen.

Diese humanitäre Katastrophe spitzt sich tagtäglich vor den Augen der Weltöffentlichkeit immer weiter zu, aber die Regierungen der EU klagen lediglich Lukaschenko, den belarussischen Präsidenten, der Instrumentalisierung unschuldiger Menschen zum Zwecke der Erpressung der EU an, statt den hilflosen Opfern dieser politischen Auseinandersetzung zu helfen, indem sie in die EU aufgenommen werden. „Wir sind nicht erpressbar!“ lautet das einstimmige Credo der EU, und Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) erklärt unmissverständlich: „Wir brauchen Zäune und wir brauchen auch Mauern ... Niemand hat Interesse an Mauern, aber jetzt geht es darum, dass die Europäische Union ihre Wahrhaftigkeit beweist.“ Kein Wort über die betroffenen Menschen, die in Not und Lebensgefahr allein gelassen werden, kein Wort über die Verletzung der Menschenrechte, für die die EU so gerne verbal eintritt. Es geht allein um Macht und Stärke, da werden Tote an der Außengrenze billigend in Kauf genommen. Und der Ministerpräsident Kretschmer geht in seinem Zynismus noch weiter: „Die Bilder notleidender Menschen an der Grenze muss die Gesellschaft aushalten. Warschau handelt richtig, daher dürfen wir Polen nicht in den Rücken fallen.“ Die politische Führung verlangt von uns eine treue Gefolgschaft und bloß kein Mitgefühl mit hilflosen Menschen, die unsere Solidarität brauchen.

Nach einem Treffen der EU-Außenminister stellte Heiko Maas noch einmal klar, dass die EU „den Weg der Härte“ weitergehen werde. Von einer möglichen Aufnahme der Menschen in die EU war nicht die Rede, vielmehr sei überlegt worden, wie man sie sicher in ihre Heimat zurückbringen könne. Was den weiteren Zustrom von Menschen angehe, sei man dabei, die Dinge unter Kontrolle zu bekommen, meinte der EU-Außenbeauftragte Josep Borell.

Wir dagegen fordern die sofortige solidarische Aufnahme der an der polnischen Grenze um Schutz suchenden Menschen in die EU.

Die alte und die zukünftige Bundesregierung müssen dafür sorgen, dass die betroffenen Menschen Zugang zu einem fairen Asylverfahren in der EU erhalten.

Von der Stadt Aachen als Sicherer Hafen fordern wir aktuell die Bekräftigung ihrer Bereitschaft zur zusätzlichen Aufnahme dieser Menschen.

Erstunterzeichnende:

Aktion Bürger*innenasyl Aachen, Förderkreis Asyl Würselen e.V.,